

Jetzt und sofort: Kirche und Staat trennen!

Jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland hat gem. Art. 4 GG das Recht auf seine eigene Weltanschauung, was auch beinhaltet, dass er nicht an eine bestimmte Religion glauben muss, und gem. Art 137,1 gibt es auch keine Staatskirche mehr. Der Staat muss sich deshalb religiös neutral verhalten. Es ist bereits von daher grundgesetzwidrig, dass Politik und Religion bei uns, anders als seit 1095 in Frankreich, noch immer mit einander verknüpft sind.

Grund dafür ist, dass Hitler mit Pius XII. auf Betreiben der katholischen Zentrumspartei, in deren Reichsvorstand Konrad Adenauer war, Sonderrecht für die katholische Kirche vereinbarte, damit diese dem Ermächtigungsgesetz zugunsten Hitlers zustimmte. Aus der Zentrumspartei gingen später CDU und CSU hervor, die sich auch heute noch für eine christliche Gestaltung Deutschlands einsetzen, was ja bereits aus deren Namen hervorgeht und in ihrem Grundsatzprogramm von 1978 verankert wurde: *„Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott,¹ was leicht umformuliert noch heute gilt: „Ihre Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“².*

Beamte der katholischen Kirche, also Klerikale, Priester, vergewaltigen bis hin zur Gegenwart ihnen anvertraute Kinder und Jugendliche. Das ist ein schweres Officialdelikt, das oft, anders als bei der Vergewaltigung Erwachsener, beschönigend „Missbrauch“ genannt wird³ und von ihr erst seit Kurzem und auch nur maximal mit der Entlassung bestraft wird.⁴ Der Staat müsste es eigentlich von Amts wegen verfolgen, was aber bisher kaum der Fall war. Statt der Staatsanwaltschaft übernimmt dies meist die Kirche selbst in einer Art *„kirchliche Paralleljustiz, die Täter schützt.“⁵* Bisher wurde es von der Katholischen Kirche sogar lediglich als Verstoß gegen das ohnehin unsinnige Zölibat eingestuft und das Leid der Betroffenen weitgehend ignoriert. Ihre Fürsorge galt mehr den Tätern aus ihren eigenen Reihen. Die Täter wurden meist nur versetzt, z. T. bis zur Verjährung für die Justiz unerreichbar ins Ausland. Sie waren zudem nach Ansicht von Papst Franziskus unschuldig, da sie vom Teufel dazu gebracht wurden.⁶

Dabei liegt hier nicht nur ein Verbrechen vieler Einzelner vor, sondern die Ursachen sind systemisch⁷. Sie basieren auf einer längst von der Aufklärung widerlegten Weltanschauung mit dem Irrglauben an eine Metaphysik und an einen Herrgott und setzt sich mit einer Ethik fort, welche die sexuelle „Fleischeslust“ verteuftelt, das Patriarchat fordert, Autokratie praktiziert und begünstigt und in verschiedener Weise Unterdrückung und Gewalt durch die Kirche und die jeweils Herrschenden rechtfertigt.⁸ Sie ist somit ein schmerzender Fremdkörper in unserer auf Menschenrechten aufbauenden demokratischen Gesellschaft, von dem wir uns endlich trennen müssen.

Es ist daher unerträglich, der Katholischen Kirche in unserem Staat ihren privilegierten Status mit einem gegenüber dem Recht des Staates privilegierten, abgekoppelten Kirchenrecht zu belassen. Die gilt auch für deren Light-Version, die Evangelische Kirche, die allerdings in Sachen systemischer sexueller Gewalt weniger belastet ist. Die Gewalt, die es in der Katholischen Kirche gab und gibt und die sie ermöglicht, hat eine lange Tradition mit vielen Dimensionen. Sie führte auch zu ihrer Anhäufung von Macht und Reichtum.

¹ https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6ab8ab48-871d-52a2-a603-989c928e127f&groupId=252038

² https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/080215-grundsatzprogramm-kurz_0.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1919

³ Und was wäre in einem solchen Fall ein Gebrauch?

⁴ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/vatikan-kirchenrecht-101.html>

⁵ <https://www.fr.de/panorama/kniefall-des-rechtsstaats-90185395.html>

⁶ <https://www.katholisch.de/artikel/20792-papst-die-geistlichen-wurden-zu-werkzeugen-des-teufels>

⁷ <https://www.tagesschau.de/investigativ/katholische-kirche-115.html>

⁸ S. Achim Weller, *Du bist Gott*, S. 304 ff.

Daher ist nun der Zeitpunkt gekommen, wo Deutschland von ihr befreit und endgültig religiös-weltanschaulich neutral werden muss, was bereits vom Grundgesetz vorgesehen ist.

Alle Gottesbezüge und Sonderrechte der Kirchen müssen aus dem Grundgesetz, den Landesverfassungen und sonstigen Gesetzen entfernt werden. Alle religiöse Symbole müssen, nicht nur in Amtsstuben in Bayern, aus staatlichen oder mit öffentlichen Aufgaben betrauten Einrichtungen und Orten entfernt und auf religiöses Begleitprogramm bei staatlichen Feiern verzichtet werden. Feiertage dürfen keinen religiösen Charakter mehr haben. Medienbetreiber und Medienunternehmen dürfen nicht mehr verpflichtet werden, religiöse Verkündigungssendungen auszustrahlen. Deren Gremien dürfen nicht mehr mit Personen besetzt werden, die von religiösen oder weltanschaulicher Vereinigungen entsandt werden. Der Staat zieht keinerlei Kirchensteuer mehr ein. Sämtliche steuerlichen Vergünstigungen und Befreiungen religiöser und weltanschaulicher Vereinigungen und Rechtstitel zugunsten von Religionsgemeinschaften werden abgeschafft. So auch die staatliche Finanzierung der Kirchen (2021 rund 591 Millionen €⁹), die zu rund 90 % nicht sozialen Zwecken dienen, sondern u. a für die Gehälter und Pensionen kirchlicher Amtsinhaber, wie dem ehemaligen Limburger Bischoff Franz-Peter Tebartz-van Elst, der, Stand 2014, monatlich 9602 Euro brutto bekommt.¹⁰ Die Bezahlung der Ausbildung von Religionslehrern und Theologen sowie deren Übernahme in den Staatsdienst wird abgeschafft. Die religiösen Lehrstühle an den staatlichen Universitäten werden geschlossen. Die flächendeckende staatlich finanzierte Grundversorgung mit religiös-weltanschaulicher Einrichtungen auf Staatskosten wird eingestellt. Das Kirchenrecht wird dem allgemeinen Recht unterworfen. Die Einschränkungen für Tendenzbetriebe im BetrVG werden gestrichen. Von den Schulen werden keine religiösen Schriften und Lehrbücher mehr verteilt. Die religiöse/rituelle Beschneidung Minderjähriger, welche die Katholische Kirche nicht betrifft, wird als Körperverletzung unter Strafe gestellt. Das Schächten, das ebenfalls die Katholische Kirche nicht betrifft, wird verboten. Der sog. Blasphemie-Paragraph (StGB § 166) wird aufgehoben. Das Tanzverbot an den sog. „Stillen Feiertagen“ in den Feiertagsgesetzen der Bundesländer wird aufgehoben. Das unmoralisch erworbene Vermögen der Kirchen wird vom Staat eingezogen und von ihm für die Entschädigung von Opfern kirchlicher Gewalt und nachhaltige Zwecke verwandt.

Den Mitgliedern der Katholischen Kirche ist zu empfehlen, keine Beihilfe zu deren Verbrechen mehr zu leisten, indem sie aus ihr austreten. Die Bundesländer haben dies zu vereinfachen. Zumindest der katholischen Kirche ist zu empfehlen, dass sie sich auflöst. Wer will darf und kann natürlich seinen christlichen oder sonstigen Glauben weiter behalten, sich mit gleich Gesinnten zusammenschließen, was bei der Evangelischen Kirche der Fall ist, auch zusammen mit anderen religiöse Rituale praktizieren, solange dabei keine Gewalt im Spiel ist. Der Staat sollte dies weder behindern noch begünstigen. Es ist eine reine Privatsache. CDU und CSU ist zu empfehlen, den Religionsbezug aus ihrem Namen und ihren Programmen und Schriften und Internetseiten und Aktivitäten zu entfernen.

Sämtliche Personen, denen religiös bedingte Vergewaltigungen oder deren Vertuschung vorgeworfen werden, müssen vor Gericht gestellt werden. Davor sind sie auch nicht bei Aufenthalt im Vatikan oder im Ausland geschützt. Nach dem Weltrechtsprinzip können sie überall angeklagt werden. Eine Anklage muss auch dann erhoben werden, wenn eine Verjährung vorliegen könnte oder die entsprechende Person bereits älter ist. Erst die zuständigen Gerichte entscheiden, ob ein Verfahren wegen Verjährung eingestellt wird oder ein Angeklagter verhandlungsunfähig ist.

Alle mutmaßlich an der Vertauschung beteiligten deutschen Amtsträger innerhalb und außerhalb der Kirche, auch Joseph Aloisius Ratzinger, sind umgehend gem. § 258 StGB wegen Strafvereitelung anzuklagen.

Alle Politiker, Parteien, Inhaber öffentlicher Ämter und alle Medien sind aufgefedert, sich unverzüglich für diese Maßnahmen einzusetzen.

⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsleistungen>

¹⁰